

Liebe Alleinerziehende,

wir, das A-Team von der Weltzeituhr, begrüßen Sie herzlich im Namen unseres Vereins, dem [...] Internationaler Tag Alleinerziehender [...] e. V.. Ich bin Wendula Strube und berichte seit 2019 an der Weltzeituhr über politisch relevante Themen für Alleinerziehende und deren Angehörige. Der Verein will Mitbürger und Politiker zum Thema Alleinerziehende informieren, damit deren Leistungen gesellschaftspolitisch mehr Anerkennung erfahren und ihr Leben erleichtert wird. Sie haben es besonders schwer, sie gehen häufiger als Mütter in Paarfamilien arbeiten, trotzdem bleibt ihnen weniger für den Eigenbedarf zur Verfügung. Alleinerziehende haben kein Recht auf ein Selbstbehalt ihres Einkommens, so wie es der Unterhaltspflichtige Elternteil hat. Der Alleinerziehende Elternteil muss jeden Eurozent mit den Kindern teilen. Sie haben nicht einmal das Recht, ein eigenes Zimmer zu besitzen, vielmehr teilen sie sich meist ein Wohnzimmer, dass gleichzeitig ihr Schlafzimmer ist, mit den Kindern zur Freizeitgestaltung, wie lesen, Schularbeiten, Fernsehen oder zum Spielen. Es gibt rechtlich keine Intimsphäre für sie und ihre sexuelle Gesundheit ist nicht vorhanden. Anders als das meist männliche Elternteil. Er darf ein eigenes Schlafzimmer, zum zusätzlichen Besuchskinderzimmer und Wohnzimmer haben. So viel Luxus gibt es für den hauptsächlichen erziehenden Part nicht. Und Freizeit - Freizeit ist keine Option für Alleinerziehende, denn sie sind 24/7 für ihre Kinder verfügbar. Kurzum, Alleinerziehende sind Eltern, die eine riesige Last schultern, die eigentlich ein ganzes Dorf tragen müsste!

Wie Sie sicherlich wissen, befinden wir uns im Wahljahr in Berlin, daher sollten wir noch besser auf die Reformwut unserer Regierung achten. Und hier ist schon der Übergang zum aktuellen Geschehen. Denn Wut kann man kriegen, wenn man liest, wie sehr wir Bürger einseitig belastet werden, während der BlackRock Politiker Friedrich Merz und sein Gefolge, den Kaviar weiter fressen. Keinerlei Selbstkritik oder Einsicht dafür, dass es so in Deutschland nicht weitergehen kann. Außer, dass Politiker im Bundestag, die jährliche Erhöhung ihrer Gehälter gnädigerweise, einmal ausfallen ließen, ist trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise nichts von ihrem Hochmut abgefallen. Es fehlt ihnen generell an Demut. Dennoch, es reicht nicht. Sie können ihre viel zu hohe Einnahmequelle selbst regulieren und Sozialkassen per Reform aufgeben, neu erfinden oder Abgaben für das arbeitende Volk und deren Arbeitgeber erhöhen, wenn sie es wollen. Dennoch, eines sollte inzwischen allen klar sein. Beamte, Politiker und Selbstständige müssen fortan in diese Sozialkassen einzahlen, sonst bricht das hochgelobte Sozialsystem Bismarcks zusammen.

Ab jetzt muss es heißen, A O K - Alle oder Keiner!

Das Schlimme daran ist, dass hochdotierte Politiker nicht begreifen, dass wir momentan Arbeitsplätze in der dritten Industriellen Revolution, an die K I verlieren, die keine Sozialabgaben leistet. Das bedeutet, dass wir an Einsen und Nullen unser Dasein verlieren, wenn wir nicht umsteuern. Null Euro in die Sozialkassen von der K I, ist gleichbedeutend mit keine Rentenversicherung mehr, keine Arbeitslosenversicherung mehr, keine Krankenversicherung mehr und auch keine Pflegeversicherung. Daher müssen nun wenigstens

Politiker, Beamte und Selbstständige mit in die Sozialkassen einzahlen, wenn wir nicht in einem System der Vorkaiserzeit, landen wollen. Und meine Damen und Herren, wer von Ihnen will das schon?

Auf jeden Fall bedarf es einer Reform, in der nicht letztlich Alleinerziehende und deren Kinder die Verlierer sind und rückwärtsgewandt alter Wein in neuen Schläuchen serviert wird. Sondern Reformen müssen sich an diejenigen richten, die bisher nichts für den sozialen Frieden geleistet haben. Beamte, Politiker aber auch Selbstständige müssen in die Sozialkassen einzahlen. Beamte, Politiker und Selbstständige, die privat versichert sind, profitieren ständig davon, wenn sie z. B. zum Arzt als Privatpatienten gehen, benutzen sie unsere Maschinen in den Krankenhäusern und Praxen, ohne dafür eine Art Miete an die gesetzlichen Krankenkassen zu entrichten, die diese Maschinen im Krankenhaus oder in Arztpraxen mitfinanzieren. Privatpatienten werden sogar bevorzugt.

Wir benötigen endlich eine zweigleisige Betrachtung von Reformen für diejenigen, die bisher nichts in die Sozialkassen eingezahlt haben. Die einen beziehen schon nach kurzer Zeit eine lebenslange Rente, nämlich vor allem Politiker, aber auch Beamte und Selbstständige gehören dazu. Die andere Gruppierung leistet Carearbeit und bezieht am Ende eine Grundsicherung, die Armut verspricht. Wir zahlen doppelt und dreifach, denn es ist längst erwiesen, wer am längsten davon als Senior profitiert. Beamte leben im Schnitt zehn Jahre länger! Hingegen leben Alleinerziehende 10 Jahre weniger. Erst wenn echte Reformen greifen, ergibt sich eine Ausgewogenheit, die zufriedene Menschen wieder zu

einer reifen und kompetenten Gesellschaft zusammenfügen, die wir einst waren. Daher fordern wir:

1. Eine Reform des Bruttoinlandsprodukts, damit Carearbeit in diesem aufgenommen und abgebildet wird. Carearbeit ist Sorgearbeit, also Arbeit und wird fast ausschließlich von Frauen geleistet, damit Männer den Rücken frei haben. Sie wird immer noch nicht im Gesamtprodukt der Länder, als Arbeit abgebildet.
2. Arbeitszeitreform
 - a. Jede Person, die lohnabhängig arbeitet und den Bundeskanzler und seine Abgeordneten finanziert, den Haushalt der Republik und der Länder saniert, weil sie für ihren Arbeitseifer Steuern leisten muss, darf täglich vertraglich nicht länger als acht Stunden einschließlich Pausen am Arbeitsplatz gebunden sein. Effektivität und Familie ist nur in acht Stunden leistbar.
 - b. Menschen damit abzustrafen, länger lohnabhängig zu arbeiten, ist, obwohl die Gesellschaft durch die Steuern davon profitiert, unredlich und nach Kant, Marx, 1848 und den Eltern des Grundgesetzes verwerflich, Herr Merz!
 - c. Die Bundesrepublik hat dafür Sorge zu tragen, dass gute Kinderbetreuung nicht nur ein Versprechen bleibt.
3. Die Krankenkassenreform der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV'en): **AOK - Alle oder Keiner!**
 - a. Carearbeit hinzuzählen, Scheingeschäfte mit Carearbeit verhindern. Sorgearbeit ist Arbeit!
 - b. Privatversicherte müssen ab September 2026, für die Nutzung aller öffentlichen Geräte und Räumlichkeiten eine

extra Abgabe in Höhe von 25 Euro im Quartal, an die GKV'en zahlen.

- c. Am Ende der Krankenkassenreform müssen alle Beamte, Politiker und Selbstständige in die GKV'en einzahlen.
- d. GKV'en müssen reduziert werden, damit die Einzahlungen nicht vielen Vorständen, sondern den Patienten zugutekommen.
- e. K I zerstört Arbeitsplätze und muss daher auch einen Beitrag in die Krankenkassen leisten.

4. Rentenreform: **AOK - Alle oder Keiner!**

- a. Carearbeit ist Arbeit und wird selbstverständlich berentet!
- b. Kinderlose werden ab 40 Jahren mit Zusatzbeiträgen versehen. Das ist fair allen gegenüber, die in Kinder investieren, da das einem Porsche oder Hausbau gleichkommt.
- c. AOK Alle oder Keiner! Beamte, Politiker und Selbstständige zahlen solidarisch ein. Sie profitieren am meisten, das ist mehr als fair!
- d. K I zerstört Arbeitsplätze und muss auch einen Beitrag in die Rente leisten.

5. Sonstige Sozialkassen: **AOK - Alle oder Keiner!**

- a. Beamte, Politiker und Selbstständige müssen mit einzahlen
- b. K I zerstört Arbeitsplätze und muss auch einen Beitrag in die Pflegeversicherung leisten.

6. Abschaffung von dem Euphemismus „Diäten“. Wir sind keine Schlankmacherzahler, sondern Steuerzahler! Es muss Gehälter heißen.

7. Die Halbierung der Gehälter von Politikern im Bundestag und in der Bundespräsidententätigkeit.
8. Gleichbehandlung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in der Höhe der Rentenbezüge. Alle oder Keiner 70 %!
9. Zurück zur Rente mit 60 bei Frauen, die Kinder bekommen haben. Es war sinnvoll, Frauen besonders zu schützen und früher in Rente gehen zu lassen. Ihr Körper ist anders als der der Männer.
10. Finger weg von Leistungen, die die Familie betrifft. Wenn eine Person mitversichert werden muss, dann bleibt das so.
11. Ehegattensplitting abschaffen ja, aber dann ein Equal-Tax einführen, auch dafür haben wir längst eine Petition gestartet. [Petition · Alleinerziehende stärken: Bedarfsgemeinschaftssplitting #EqualTax statt Ehegattensplitting - Deutschland · Change.org](#) Ehepaare werden mit dem Splitting gepampert, das auch von den Ärmsten der Gesellschaft, den Alleinerziehenden finanziert wird. Wie unehrenhaft ist das denn?
12. Kinderlosigkeit führt zu Reichtum, während Kinderreichtum automatisch in die Armut und Altersarmut führt. Erst recht, wenn man alleinerziehend ist. Völlig verkehrte Welt oder nicht? Das muss aufhören. Eltern verdienen mehr!
13. In Zeiten der K I und des Arbeitsplatzabbaus muss man unbedingt anmerken, dass die K I keine Sozialabgaben bezahlt. Deswegen ist es unerlässlich, dass **Beamte, Politiker und Selbstständige** in die Sozialkassen zahlen müssen, um den Staat am Laufen zu halten. Alles andere wäre Verrat!

Verliebt, verlobt, verheiratet, geschlagen, ausgelaugt, getrennt, alleinerziehend, arm und geschieden! Zwar nicht mehr ledig, dafür aber

erledigt. Wir meinen, Alleinerziehende bekommen viel zu häufig die rote Karte gezeigt, anstatt sie dem anderen Elternteil zu zeigen. Die Rote Karte muss die Seite wechseln!

Leute, kämpft gemeinsam gegen die Techmillionäre, der „Terminator“ darf genauso wenig real werden, wie die „Schöne neue Welt“ von Aldous Huxley und „1984“ von George Orwell oder „The Handmaid’s Tail - Der Report der Magd“ von Margaret Atwood!

Damit kommen wir zu etwas sehr Ernstem:

Unzählige Alleinerziehende werden derzeit durch Kriege zwischen Russland und der Ukraine, zwischen Israel und Palästina, zwischen Iran und ihrer eigenen Bevölkerung und den USA geschaffen. Wir liefern Kampfpanzer, die sich wie gefährliche Tiere auf der Safari anhören, Leopard, Gepard und Marder. Sie geben die Berechtigung zur Jagd, allerdings ist es die Jagd auf Menschen mit Mördermaschinen. Euphemismen dienen immer der Vertuschung von unschönen Wahrheiten. Der Krieg in der Ukraine, im Iran oder im Gazastreifen, sind das Fegefeuer. Es wird eine Welt mit Alleinerziehenden hinterlassen. Wir machen da nicht mit und fordern das sofortige Ende aller Kriegsaktivitäten aller Beteiligten und Stopp aller Waffenlieferungen. Wir wollen keine weiteren Kriegsoffer, ganz egal ob männlich, weiblich, divers, Krieger oder Soldatin, Ukrainer, US-Amerikaner oder Russländer, Israeli oder Palästinenser, Iraner, Iraker, Kinder oder Senioren.

Seid friedenstüchtig und nicht kriegstauglich!

Es wird Zeit, dass Kinder wieder in Frieden aufwachsen können. Wir fordern Waffenstillstand und Frieden, anstatt Kriegstauglichkeit und Kriegsgerät! Anstatt Schwerter und Taurus, fordern wir Kinderwägen und Lastenräder mit Kindersitzen! Seid ihnen gute Vorbilder, erst Recht,

wenn es Politiker in ihrer Kriegsgeilheit nicht mehr sind und sie nur noch an Profit denken.

Zum Abschluss unsere Tipps, zum Verhalten bei Behörden!

Suchen Sie sich Unterstützung, gehen Sie nicht allein zum Jugendamt oder in andere behördliche Stellen, während oder nach der Trennung. Nehmen Sie Freunde mit, schreiben Sie Protokolle „oldschool“, mit Durchschlag und lassen Sie sich dieses unterschreiben oder fertigen sie zumindest Gedächtnisprotokolle nach dem Behördengang an. Schreiben sie das, was Sie dort erleben, sofort auf, damit wichtige Details nicht in Vergessenheit geraten.

Übrigens denken Sie immer daran, die Mitglieder im Bundestag, in den Landtagen, Gemeinden oder Bezirken, sind Ihre Angestellten, die durch Ihr Steuergeld bezahlt werden und **Steuergeld ist euer Geld!!!**

Alleinerziehende bilden Sie Bündnisse, Nehmen Sie Ihr Schicksal selbst in die Hand!

Unterhalt ist Ehrensache!



Machen Sie mit und besuchen Sie uns vor Ort am

Alexanderplatz, an der Weltzeituhr. Immer am letzten Samstag des Monats, 13.00 – 15.00 Uhr

1. Artikel 6 (4) GG Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
2. Artikel 6 (5) GG Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.